



## Positionspapier Gewalt an Schulen

Als Landesschülerausschuss erkennen wir mit großer Besorgnis, dass die Gewalt an Schulen zunimmt<sup>1</sup>. Dieses Thema wird in Berlin bereits seit längerem, auch in Verbindung mit Vandalismus und Angriffen auf Lehrkräfte, öffentlich diskutiert. Nichtsdestotrotz erkennen wir keine wesentlichen Veränderungen bei dieser Thematik, außer beim Aufwärtstrend der Fallzahlen. Dem riesigen Handlungsbedarf wird nicht ausreichend begegnet.

Jugendliche werden i.d.R. mit Gewalt auf Gewalt reagieren.<sup>2</sup> Nicht nur die Gewalt, die sie außerhalb erfahren, auch Gewalt im häuslichen Umfeld wirkt sich auf die Jugendlichen aus. Dadurch bildet sich ein Teufelskreis, welcher nur mit professioneller Hilfe durchbrochen werden kann. Deshalb sind gut ausgestattete Jugendämter essentiell, um Schüler:innen vor elterlich verantworteter Gewalt zu schützen und die Spirale der Gewalt zu durchbrechen. Daher fordern wir auch eine engere Zusammenarbeit zwischen Jugendämtern und Schulen. Lehrkräfte brauchen direkte Ansprechpartner:innen des Jugendamts, die die jeweilige Schule kennen und betreuen. So könnten auch Eltern besser in die Gewaltprävention einbezogen werden.

Wir fordern zusätzlich den Ausbau von sonder-, sozialpädagogischen Bereichen an Schulen. Es braucht dringend mehr Plätze im Lehramtsstudium für Sonderpädagogik, um den gestiegenen Bedarf zu unter anderem in Gewalt steigernden Bereichen zu decken. Das muss auch in den Hochschulverträgen verankert werden. Der Landesschülerausschuss fordert seit einiger Zeit auch eine feste gesetzliche Bemessung von Sozialpädagog:innen pro Schüler:innen von mindestens einer Sozialpädagog:in pro Schule und/oder 400 Schüler:innen. Langfristig sollte aber das Ziel sein, mindestens eine Sozialpädagog:in pro 250 Schüler:innen bereitstellen zu können, um tiefgreifendere Präventionsarbeit durchführen zu können.

Wir erkennen außerdem eine starke Perspektivlosigkeit verursacht durch soziale Ungleichheit, aber auch durch aktuelle Krisen, wie dem Klimawandel, der Coronapandemie etc. welche den Stress der Schüler:innen erhöht und dadurch zu einem höheren Gewaltpotenzial führt. Neben einer guten politischen Krisenkommunikation brauchen wir vor allem Schulen mit einer hohen Bildungsgerechtigkeit und Transparenz bei der Notenvergabe, um den Schüler:innen zu jeder Zeit Verbesserungsmöglichkeiten aufzeigen zu können.

---

<sup>1</sup> Lüter, [https://www.berlin.de/lb/lkbgg/aktivitaeten/praeventionstage/2018/bfg\\_64\\_heft2-webversion.pdf](https://www.berlin.de/lb/lkbgg/aktivitaeten/praeventionstage/2018/bfg_64_heft2-webversion.pdf) S. 13

<sup>2</sup> Kinderschutz Schweiz, <https://www.kinderschutz.ch/gewalt-in-der-erziehung/auswirkungen>

Zudem fordern wir eine bessere Aufklärung, nicht nur für Lehrkräfte, sondern auch für Erziehungsberechtigte, in Form von Fortbildungen und Studientagen. Erziehungsberechtigte müssen sich zum einen über die Auswirkungen von ihrem Verhalten im Klaren sein, zum anderen aber auch Verhaltensweisen an den Schüler:innen erkennen und einordnen können. Hier braucht es Beratungsangebote und klare schulspezifische Ansprechpartner:innen im jeweiligen Jugendamt.

Aus unserer Sicht ist Gewalt also ein Problem, dem nur durch eine akribische und individuelle Suche nach Ursachen begegnet werden kann. Es braucht eine breitere Aufklärung und vor allem feste Ansprechpartner:innen nicht nur in der Schule, sondern auch darüber hinaus, sowie eine tiefgreifende und flächendeckende Präventionsarbeit.